

HUMANITÄRE HILFE LEISTEN, DEESKALIEREN

SCHRITTE ZU WIRKLICHER KOLLEKTIVER SICHERHEIT EINLEITEN

MEMORANDUM DER ARBEITSGRUPPE UKRAINE

Angesichts der Gewalt im Ukraine-Konflikt und dessen bereits seiner erfolgten und weiterhin drohenden Eskalation mehren sich die Ängste und Sorgen in Europa. Prominente, Bürgerinnen und Bürger, zivilgesellschaftliche und politische Organisationen, sehr verschiedene Institutionen melden sich zu Wort¹. Die Geschichte der tragischen und dramatischen Tatbestände wird vielfach grundsätzlich verschieden gesehen, erklärt und bewertet und so werden auch sehr verschiedene Schlussfolgerungen gezogen. «Die Wurzeln der gegenwärtigen Situation liegen in den Ereignissen der 90iger Jahre», resümiert Michail Gorbatschow und zählt Fakten auf: die Erweiterung der NATO, Jugoslawien, besonders der Kosovo, die NATO-Pläne zur Raketenverteidigung, der Kampf gegen den Terrorismus ... Sie haben mit dem Scheitern sozialistischer Versuche, die nicht auf Freiheit in der Gleichheit zielten, zu tun und mit «kurzsichtiger Politik – einer Politik, anderen den eigenen Willen aufzuzwingen, Tatsachen zu setzen, die Interessen der Partner zu ignorieren» (Gorbatschow). Wenngleich auch Gorbatschow teilweise Fakten beiseiteschiebt und sehr vereinfachend erklärt, spricht er aus, was gesagt werden muss: Für kein Problem gibt es eine Lösung durch Krieg. Es gibt immer noch erste Ansätze für eine Belebung des politischen Dialoges, die als Chancen gewahrt und genutzt werden müssen.

Schließlich sind die lange Geschichte und die Komplexität der Probleme keine Argumente, um hier und jetzt nötige Sofortmaßnahmen und Lösungsansätze aufzuschieben. Diese lassen sich plausibel formulieren und können in dem Ruf «Humanitäre Hilfe leisten und deeskalieren!» zusammengefasst werden. Konkret heißt das:

- Konvois mit Hilfsgütern, den Einsatz mit medizinischem Personal, Helferinnen und Helfern ermöglichen und schützen;
- Flüchtlingen Soforthilfen gewähren, ihnen Unterkunft und Versorgung sichern;
- die Kampfhandlungen einstellen, weshalb die Regierungen Russlands und der Ukraine den Transport von Waffen und bewaffneten Kräften in die Kampfgebiete unterbinden, ihren Abzug sichern;
- die faschistischen, extremistischen und terroristischen Kräfte aus der Armee, Polizei, den offiziellen Sicherheitskräften entfernen, alle paramilitärischen Gruppen entwaffnen und auflösen;
- ausländische «Freiwillige» nachhause schicken;
- faschistische, extremistische und terroristische Kräfte entwaffnen; Personen und Organisationen, denen Verbrechen nachgewiesen werden, juristisch verfolgen und politisch bekämpfen²
- die zerstörten Gebiete in der Ukraine aufbauen, großzügig Hilfen, um Wunden zu mildern und zu heilen, gewährleisten;
- die militärische Neutralität der Ukraine zum Prinzip erheben und realisieren: «ausländische Sicherheitskräfte» abziehen, auf eine NATO-Mitgliedschaft und auf den ggw. Artikel 7 im Assoziierungsabkommen EU-Ukraine verzichten;
- für alle Staaten der Europäischen Union die Visapflicht für die Bürgerinnen und Bürger der Ukraine, Weißrusslands, Kasachstans und Russlands sowie Georgiens und Armeniens abschaffen; Programme für Studienstipendien deutlich ausweiten;

¹ Darunter der polnische Appell „Gestern Danzig, heute Donezk“ und der Aufruf „Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!“ von Prominenten in Deutschland <http://maidantranslations.com/2014/08/31/aufruf-polnischer-intellektueller-an-die-europaischen-burger-und-regierungen/> bzw. <http://www.dw.de/wieder-krieg-in-europa-nicht-in-unserem-namen/a-18116380>

² Bis auf jene, denen Mord, Folter und Vergewaltigung nachgewiesen werden können, sollte für die Beteiligten bzw. Betroffenen mit der Beendigung des Konflikts eine klare Amnestie erklärt werden.

- mit den genannten Staaten gemeinsame Infrastruktur- und Wirtschaftsförderungsprojekte vereinbaren, um die Entwicklung eines gesamteuropäischen Wirtschaftsraums zu fördern.

Hiervon ausgehend könnten und müssten Schritte eingeleitet werden, die zu kollektiven Sicherheitsstrukturen ohne eine hegemoniale Position der NATO und der USA oder auch Russlands führen. Die OSZE bietet dafür entwicklungsfähige Ansätze. Eine Friedenskonferenz sollte kurzfristig zustande kommen. Die Initiative der Bundesregierung ist dafür gefordert. Aktionstage der Friedenskräfte in der Bundesrepublik, in der EU, in Europa und weltweit sollen die Vorbereitung der Friedenskonferenz erwirken bzw. begleiten.

Eine auf friedliches, gleichberechtigtes und würdevolles Zusammenleben in Europa orientierte neue Ostpolitik ist nötig! Der politische Wille dazu muss sofort wirksam zu werden beginnen.

ZUR ERINNERUNG, ZUM BEDENKEN

Die folgende nicht vollständige Auflistung soll helfen, die Genese des «Ukraine-Konflikts» zu verstehen. «Verstehen wollen» wird im gegenwärtigen gesellschaftlichen Alltag vielfach diffamiert. Zu diesem Alltag gehören verbreitete Mythen, Stereotype und eine Sprache, die Emotionen schürt statt aufklären hilft. «Pro-russisch», «pro-ukrainisch», «pro-europäisch» sind Beispiele dafür.

Die Auflistung zeigt zum einen, dass es mehrere Optionen für eine europäische und internationale Entwicklung gegeben hat. Sie zeigt zum anderen, dass durch die Art und Weise der deutschen Einigung und durch den hegemonialen Umgang mit dem Wunsch der Bevölkerungsmehrheiten, die europäische Spaltung zu überwinden, Ansätze für gesamteuropäische Sicherheits- und Kooperationsstrukturen überlagert und zerstört wurden. Der Westen, mit dem die meisten Menschen in den mittel- und osteuropäischen Staaten ihre Hoffnungen auf ein besseres Leben verbanden, hat sein militärisches und ökonomisches Gewicht gegenüber dem Osten gestärkt. Eine wirkliche europäische Integration hat nur selektiv stattgefunden. Insbesondere blieben die Interessen von vielen Millionen Menschen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion außen vor.

Am 12.9.1990 wurde mit dem «Zwei plus vier Vertrag» die deutsche Einigung endgültig ermöglicht. Damit sollte der Kalte Krieg zwischen den «Supermächten» USA und UdSSR, zwischen Nordatlantikpakt und Warschauer Pakt, der mit tragischen heißen Kriegen, Konflikten und enormen menschlichem Leid verbunden war, beendet werden. Die Bedingung war, die «Sicherheitsinteressen jeder Vertragspartei zu berücksichtigen». Das betraf insbesondere auch die Absage an die Ausweitung der westlichen Militärbündnisse. Im November 1990 kamen in Paris die Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)³ zusammen. Sie wollten nach dem «Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas» ein neues Kapitel europäischer Geschichte beginnen. Es sollte «die jahrzehntelang gehegten Hoffnungen und Erwartungen unserer Völker erfüllen: unerschütterliches Bekenntnis zu einer auf Menschenrechten und Grundfreiheiten beruhenden Demokratie, Wohlstand durch wirtschaftliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit und gleiche Sicherheit für alle unsere Länder.» In diesem Kontext wurde die Rolle der Europäischen Union bzw. ihrer unmittelbaren Vorläuferin gewürdigt: «Wir erkennen die wichtige Rolle der Europäischen Gemeinschaft bei der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Europa an. Internationale Wirtschaftsorganisationen wie die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UN/ECE), die Institutionen von Bretton Woods, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) und die Internationale Handelskammer (ICC) haben auch eine wesentliche Aufgabe bei der Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu erfüllen, die durch die Schaffung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) weiter gestärkt werden wird. Zur Verfolgung unserer Ziele betonen wir die Notwendigkeit, die Arbeit dieser Organisationen sorgfältig zu koordinieren und Methoden zu finden, die allen unseren Staaten eine Teilnahme an dieser Arbeit ermöglichen.» Der Begriff «NATO» oder «Nordatlantikpakt» findet sich nicht in diesem Dokument.

«Verteidigung» wird einmal genannt: «Wir sind entschlossen, bei der Verteidigung der demokratischen Institutionen gegen Verletzungen der Unabhängigkeit, souveränen Gleichheit oder territorialen Integrität

³ Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Heiliger Stuhl, Irland, Island, Italien - Europäische Gemeinschaft, Jugoslawien, Kanada, Liechtenstein, Luxemburg, Malta, Monaco, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechische und Slowakische Föderative Republik, Türkei, Ungarn, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika, Zypern

der Teilnehmerstaaten zusammenzuarbeiten. Dazu zählen illegale Aktivitäten unter Anwendung von äußerem Druck, Zwang und Subversion.» Ferner wird «Schutz» ausschließlich mit gesellschaftlichen bzw. natürlichen Lebensbedingungen bzw. mit Zusammenarbeit, Menschen- und Bürgerrechten, Kultur und Natur verbunden. Das Dokument strahlt den Willen nach selbstbestimmten friedlichem Zusammenleben und kollektiver Sicherheit aus. Es war Ergebnis eines damaligen Interessenkompromisses, der aus den Unsicherheiten künftiger Handlungsspielräume resultierte. Die in der «Systemauseinandersetzung» Erfolgreichen hatten sicher schon ihre Strategien für die Szenarien des «danach», darunter das für sie ideale: Russland wie alle Staaten Mittel- und Osteuropas würden dem Westen genehme Ordnungen schaffen. Die Strategen wussten um den Wunsch einflussreicher Politikerinnen und Politiker nach Frieden und gemeinsamer Sicherheit, sie hatten Furcht vor den Unwägbarkeiten zerfallender Staaten. Es gab zumindest die Option, ein kollektives Sicherheitssystem zu schaffen, das Russland, die USA, alle europäischen Staaten einschließt und sich an den KSZE-Normen orientiert zu schaffen.

Im Januar 1991 begann eine von den USA geführte Koalition, gestützt auf den UN-Sicherheitsrat, einen Krieg gegen den Irak, um Kuwait zu befreien. Sie intervenierte in einen inter-arabischen Konflikt und machte militärisch klar, wer in der Welt das Sagen haben wird. Das geeinte Deutschland unterstützte den Krieg, an dem auch polnisches und tschechoslowakisches Militär beteiligt war.

Am 27.2.1991 beschloss die Ukrainische Rada ein Referendum für den März 1991. Es wurden zwei Fragen vereinbart: Soll die Ukrainische Republik Bestandteil einer Sowjetunion mit zentraler Macht oder eines Verbundes gleichberechtigter Staaten werden? Im März stimmten 70,5% der Wählerinnen und Wähler für die erste Variante und 80,2% für die zweite. Es haben sich also sehr Viele gleichzeitig für beide Optionen ausgesprochen. Der Putsch vom 19.8.1991 gegen Gorbatschow wurde zum Anlass, die Selbständigkeit der Ukraine zu erklären. Am 1.12.1991 fand ein weiteres Referendum statt. 90,3% der gültigen Stimmen entfielen auf das JA zum unabhängigen ukrainischen Staat. Auf der Krim waren es nur knapp 54%. Schon vor dem Wahltag hatten die USA angekündigt, eine Abstimmung pro Selbständigkeit anzuerkennen. Am 2.12.1990 hatten die Präsidenten der Russischen Republik und Polens das Ergebnis des Referendums anerkannt. In Rumänien erhob man Gebietsansprüche auf Territorien, die einst von der UdSSR einverleibt wurden und nun zur Ukraine gehören sollten. Der russische Präsident Jelzin erklärte sich bereit, mit der Ukraine zu strittigen Fragen zu verhandeln: Die russische Flotte im Schwarzen Meer, die Halbinsel Krim, die Schulden der früheren Sowjetrepublik, die ukrainischen Schulden gegenüber Gasprom und die Rechte der russischen Minderheit auf ukrainischem Territorium.

Im Ergebnis des ukrainischen Referendums hörte die UdSSR, die die Charta von Paris unterschrieben hatte, auf, zu existieren. Viele Millionen Bürgerinnen und Bürger wurden praktisch über Nacht in ihren Sitzländern zu Ausländerinnen und Ausländern. Millionen Menschen, vor allem Russinnen und Russen, mussten plötzlich Demütigung und Diskriminierung erfahren.

Nachdem Ungarn und Österreich das Auseinanderbrechen Jugoslawiens mit befördert hatten, hatte die deutsche Regierung mit Verweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker Ende 1991 Slowenien und Kroatien als selbständige Staaten anerkannt.

1991 vereinbarten die NATO-Gremien die neue Strategie von Dialog, Kooperation und Erhalt von «Verteidigungsfähigkeit» wie mögliche Einsätze außerhalb des Bündnisgebietes. Der Anfang Februar 1992 unterzeichnete Maastrichter Vertrag der EU enthielt bereits eine starke militärische Komponente und eine problematische «Sicherheitsdimension».

1992 verhängte die NATO ein Embargo gegen Jugoslawien.

Die Krim hatte im Frühjahr 1992 ihre Unabhängigkeit erklärt, die vom Obersten Rat der Ukraine nicht akzeptiert wurde.

Im Herbst 1992 beschloss der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften Direktiven für die Aushandlung von Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Nachfolgestaaten der UdSSR. 1993 fanden drei Verhandlungsrunden mit der Ukraine statt. Im März 1994 wurde die Verhandlungsdirektive für die Ukraine erweitert, um deren Wunsch, ein Freihandelsabkommen zu erzielen, zu entsprechen.

Da interessierte nicht die militärische und wirtschaftliche Schwächung Russlands, die Ängste in seiner Bevölkerung auslösen musste.

Die mit der Charta von Paris ermöglichte optimistische Entwicklungsoption begann sehr schnell zu schwinden. Trotz gegenseitiger Machtdemonstrationen blieb die Option einer Zwei-Säulen-Machtstruktur, welche sich auf die EU und die Westeuropäische Union WEU einerseits und Russland, sowie die ost- und mitteleuropäischen Staaten, andererseits stützte und welche die NATO im Hintergrund belassen würde, real möglich. Diese Struktur hätte jedoch das Konzept der Abgrenzung von Interessensphären eingeschlossen.

sen. Sie hätte insbesondere die kleinen Staaten in Manövriermasse der EU, der USA und Russlands verwandelt. Sie hätte daher über kurz oder lang zu neuen Krisen geführt.

Russland unterzeichnete die «Partnerschaft für den Frieden», eine 1994 geschaffene Plattform für die militärische Zusammenarbeit zwischen der NATO und 22 europäischen sowie asiatischen Staaten. Bis 1994 haben sowjetische Nachfolgestaaten wichtige Verträge über die Nichtweiterverbreitung von Nuklear- und Massenvernichtungswaffen unterzeichnet.

1992 und 1993 war es zu offenen Streitigkeiten zwischen Russland und der Ukraine um die Schwarzmeerflotte gekommen. «Die These, dass sich die Ukraine spalten werde, hat zuerst die CIA in ihrer Analyse der politischen Situation in der Ukraine 1993 aufgebracht.»⁴ Während die Präsidenten Russlands und der Ukraine einfach die Flotte teilen wollten, sahen die zuständigen Militärs das als unmöglich an. Das russische Parlament erklärte Sewastopol zur russischen Stadt, die im Unterschied zur Krim nicht ausdrücklich im 1954er «Geschenkpaket» von Chruschtschow an die Ukrainische Sowjetrepublik enthalten war. Im Juni 1995 einigten sich die Präsidenten beider Länder darauf, die Schwarzmeerflotte zu 81,7% zu Gunsten Russlands und zu 18,3% zu Gunsten der Ukraine zu teilen. Die Flotte sollte in Sewastopol stationiert bleiben und Russland sollte dafür mit Gaslieferungen Rente zahlen. So sollten auch ukrainische Schulden gegenüber Russland getilgt werden. 1997 wurde die Vereinbarung bis 2017 verlängert. Seit 1995 ist der Gaspreis für die Ukraine immer im Kontext mit der Stationierung und den Zahlungen für die Schwarzmeerflotte zu sehen.

Während des KSZE-Gipfels in Budapest wurde am 5.12.1994 vereinbart, dass die Ukraine auf die hier gelagerten Atomwaffenarsenale verzichtet und ihren Abtransport nach Russland ermöglicht. Im Gegenzug verpflichteten sich die USA, Großbritannien und Russland die territoriale Integrität der Ukraine einschließlich der Krim zu verteidigen. Ähnliche Abkommen wurden mit Weißrussland und Kasachstan getroffen, die wie die Ukraine im Zuge der Auflösung der UdSSR in den Besitz von Atomwaffen gerieten.

Auf der NATO-Ratstagung in Berlin im Juni 1996 vereinbarte man das Combined Joint Task Force (CJTF)-Konzept. Es gestattete eine Zusammenfassung von Task Forces sowohl von NATO- als auch von Nicht-NATO-Staaten und erweiterte so die militärischen Kapazitäten des Bündnisses insgesamt. Im Mai 1997 wurde in Paris die Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der NATO und Russland unterzeichnet. Daraus hätten neue Impulse für einen Wandel bzw. eine Auflösung der NATO hervorgehen können. Allerdings wurde beim NATO-Gipfel in Madrid im Juli 1997 Polen, Ungarn und Tschechien ein NATO-Beitritt angeboten und mit der Ukraine die Charta über eine außerordentliche Partnerschaft vereinbart. Dazu gehören die Schaffung einer NATO-Ukraine Kommission (NUC) und die Einrichtung eines Informations- und Dokumentationszentrums der NATO in Kiew. Im Oktober 1997 wurde darüber hinaus mit Hilfe der USA die informelle Vereinigung GUAM (Georgien, Ukraine, Aserbaidschan, Moldawien) gegründet, um den Einfluss Russlands in der Region einzuschränken. GUAM verlor zwar zwischenzeitlich an Bedeutung, ist aber seit 2004 von hoher destruktiver Wirkung und wurde zu einer offiziellen internationalen Organisation. Ebenfalls 1997 schrieb Zbigniew Brzezinski in seinem Buch «Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft»: «Irgendwann zwischen 2005 und 2010 sollte die Ukraine für ernsthafte Verhandlungen sowohl mit der EU als auch mit der NATO bereit sein, insbesondere wenn das Land in der Zwischenzeit bedeutende Fortschritte bei seinen innenpolitischen Reformen vorzuweisen und sich deutlicher als ein mitteleuropäischer Staat ausgewiesen hat.»⁵

Gesteigerte Ölförderungen in Turkmenistan und Aserbaidschan rückten Mitte der 90iger Jahre Georgien als Transit- und Transportland in das Interesse der NATO, die eine strategische Partnerschaft initiierte.

Mit dem Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine vom 1. April 1998 vereinbarten beide Seiten enge politische Beziehungen, für beide Seiten vorteilhafte Handelsaktivitäten und Investitionen sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Soziales, Finanzen, Wissenschaft, Technologie und Kultur.

Am 12.3.1999 wurden Tschechien, Polen, und Ungarn NATO-Mitglieder.

Mit dem 24.3. 1999 begann die NATO Luftangriffe gegen Belgrad bzw. Jugoslawien. Die im Kern von den USA geführte Operation Allied Force war der erste Krieg, den die NATO außerhalb eines Bündnisfalls und ohne ausdrückliches UN-Mandat führte. Auf ihrem Jubiläumsgipfeltreffen nur wenige Wochen nach den

⁴ Yaroslav Hrytsak, „Revolution in der Würde“, in: Claudia Dathe/Andreas Rostek (Hrsg.), Majdan! Ukraine, Europa, Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Band 1447, Bonn 2014, 72

⁵ Zbigniew Brzezinski, „Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft“ Frankfurt am Main, 2001, 127

Bombardements verabschiedete sie ein neues Strategisches Konzept (The Alliance's Strategic Concept). Ebenfalls 1999 schuf die NATO gemeinsam mit der Ukraine ein Verbindungsbüro. Nahezu synchron vereinbarte die Europäische Union eine Gemeinschaftsstrategie zur Ukraine und damit ein neues Instrument ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Im Dezember 2000 wurde der Vertrag von Nizza unterzeichnet, der erneut die Militär- und Sicherheitsdimension der EU bekräftigte und stärkte.

Wenige Wochen zuvor gründeten Russland, Weißrussland, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EURASEC). Sinn und Zweck sind der Abbau von Zöllen und Handelshemmnissen wie die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Formell trat der Vertrag im Mai 2001 in Kraft. Ein Jahr später wurden Moldawien und die Ukraine Beobachter. Eine besonders enge Kooperation strebten Russland und Weißrussland an.

Unmittelbar nach dem 11. September 2001 verkündete die NATO den Bündnisfall und führte seit dem 7.10.2001 Krieg gegen «Terroristen» in Afghanistan. Anfang Oktober 2001 wurden Maßnahmen zum Kampf gegen den «internationalen Terrorismus» wie der Austausch nachrichtendienstlicher Informationen, uneingeschränkte Überflugrechte und der Zugang zu Häfen und Flugplätzen durch US-Streitkräfte, die Entsendung eines ständigen Flottenverbandes in das östliche Mittelmeer (Operation Active Endeavour) vereinbart.

Ende Dezember 2001 nahm die Europäische Kommission das Landesstrategie-Papier (CSP) für die Ukraine an. Es basiert auf der Gemeinschaftsstrategie zur Ukraine, «erkennt die europäischen Bestrebungen» der Ukraine an und «begrüßt ihre pro-europäische Wahl». Es sollte nicht schlechthin die Zusammenarbeit zwischen der EU und der Ukraine, sondern insbesondere die innere und äußere Sicherheit der Europäischen Union, die ihre Ost-Erweiterung vorbereitete, gestärkt werden. Schließlich wurde die Westgrenze der Ukraine EU-Außengrenze und die Bedeutung der Ukraine als Transitland nahm zu. Von drei Hauptzielen war die Rede: den demokratischen und wirtschaftlichen Übergangsprozess in der Ukraine unterstützen; die gemeinsamen Herausforderungen auf dem europäischen Kontinent (Stabilität und Sicherheit in Europa, Umwelt, Energie und nukleare Sicherheit) bewältigen; eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der EU und der Ukraine im Rahmen der Erweiterung (Unterstützung für die Integration der Ukraine in die europäische und die Weltwirtschaft, Zusammenarbeit im Bereich der Justiz und Inneres) befördern.

Zur Jahrtausendwende hatte sich eine dritte Entwicklungsoption durchgesetzt: Eine NATO unter US-amerikanischer Führung, welche die europäische Politik relevant beeinflusst, die OSZE einschränkt und die WEU, sowie die EU, mehr oder weniger kontrolliert. 2002 wurde der NATO-Ukraine-Aktionsplan vereinbart. Auf dem NATO-Gipfel in Prag vom 22.11.2002 wurde die sogenannte NATO Response Force (NRF), mit Land-, Luft- und Seestreitkräften für schnelle Einsätze beschlossen. Im November 2006 hatte sie ihre Sollstärke von 25.000 Soldaten erlangt.

Im Frühjahr 2003 begannen die USA mit einer Koalition der Willigen, darunter den Nachfolgestaaten der Sowjetrepubliken Armenien, Aserbaidschan, Estland, Georgien, Lettland, Litauen, Ukraine und Usbekistan, sowie die vormaligen Warschauer-Pakt-Staaten Bulgarien, Polen, Rumänien, Slowakei, Tschechien und Ungarn den Dritten Golfkrieg.

2004 wurden die baltischen Staaten EU- und NATO-Mitglieder. Auch die Slowakei, Rumänien, Bulgarien und Slowenien wurden Mitglieder des Nordatlantikpaktes. Seit 2004 ist Georgien mit der NATO durch einen Individual Partnership Action Plan noch enger verbunden. Relevante politische Kreise und Bevölkerungsteile in der Ukraine wollten gleichziehen.

Dabei nahm die militärische Stärke «des Westens» gegenüber Russland weiter zu. Seine Sicherheitsinteressen wurden verletzt.

Zum 1.5.2004 wuchs die Europäische Union um zehn Staaten: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern.

Nicht zuletzt unter diesem Eindruck wurde die Präsidentschaftswahl in der Ukraine vom Herbst 2004 vielfach als Richtungswahl für eine EU- oder Russland-Orientierung des Landes gesehen. Nach der Stichwahl am 21.11. wurde der vorgeblich russlandorientierte Wiktor Janukowitsch zum Sieger erklärt, was vielfach als unrechtmäßig bzw. als Wählfälschung gewertet wurde. Einem mehrwöchigen Protest (Orangene Revolution) folgte eine erneute Stichwahl am 26. Dezember 2004, aus der der als westlich geltende Wiktor Juschtschenko als Sieger hervorging.

Im September 2005 startete die NATO ihr Erfassungs- und Abwehrprogramm für Kurz- und Mittelstreckenraketen Active Layered Theatre Ballistic Missile Defence (ALTBMD). Im Juli 2006 gab der NATO-

Generalsekretär Planungen zu einem europaweiten Raketenabwehrprogramm bekannt. Es betrifft insbesondere die Kooperation zwischen den USA, Großbritannien, Polen und Tschechien. 2005 wurde der verstärkte Dialog NATO-Ukraine eingeleitet. Die GUAM erfuhr eine Belebung. Die Ukraine nahm erneut verstärkten Kurs auf eine EU-Annäherung. Immer häufiger wurde bekundet, das Abkommen zur Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte nicht über 2017 hinaus verlängern zu wollen.

Ende 2005/Anfang 2006 kam es zu Auseinandersetzungen um die Konditionen für Gaslieferungen aus Russland.

2006 wurde Georgiens Zusammenarbeit mit der NATO durch einen «Intensiven Dialog» auf eine neue Stufe gehoben.

Mit dem 1.1.2007 wurden Bulgarien und Rumänien EU-Staaten.

Ende 2007 wurde der Lissabonner Vertrag unterzeichnet. Er verbindet eine Vertiefung politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit unter den EU-Ländern mit Schritten zum «handlungsfähigen» globalen Akteur EU, um diese konkurrenzfähiger und «sicherer» zu machen. Demokratische Elemente werden von repressiven, Abschottungs- und Aufrüstungsstrategien so überlagert, dass die sozial, ökologisch und global destruktiven Entwicklungstendenzen gravierend verstärkt werden.

Im Länderstrategiepapier 2007-2013 zum Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument Ukraine heißt es: «Eine der wichtigsten Konsequenzen der Europäischen Sicherheitsstrategie ist das Gebot, nunmehr darauf hinzuwirken, dass ihre Nachbarn im Osten und am Südrand des Mittelmeers zu verantwortlichen Staaten werden, mit denen die EU eng und erfolgreich zusammenarbeiten kann.» Dabei gelten offenbar als «verantwortlich regierte Staaten» auf eine EU-Integration und den NATO-Beitritt hinarbeitende wie in GUAM aktive und die EU-Moldawien-Ukraine Grenzschutzmission (EUBAM) unterstützende Staaten. EUBAM soll Waffen-, Menschen- und Drogenschmuggel von und nach Transnistrien verhindern, das sich seit 1988 als «unabhängig» erklärt und von Russland umfassend einschließlich militärisch unterstützt wird verhindern. «Verantwortlich regiert» sollte auf die Ukraine bezogen auch und insbesondere bedeuten, das bilaterale Abkommen über die Zusammenarbeit mit Russland nach seinem Ablauf 2017 nicht zu verlängern, sowie für die Präsenz der russischen Schwarzmeerflotte und die Nutzung der ukrainischen Infrastrukturen Zahlungen zu Marktpreisen zu verlangen.

Im Juli 2008 begannen Kampfhandlungen zwischen den Milizen der von Georgien und international nicht anerkannten Republiken Südossetien und Abchasien mit der georgischen Armee. Sie eskalierten im August 2008 als georgische Einheiten eine Offensive starteten, um die Kontrolle über die gesamte Region zurückzugewinnen. Daraufhin intervenierten russische Truppen aus dem Nordkaukasus und rückten bis in georgisches «Kernland» vor. Nach dem blutigen Fünf-Tage-Krieg wurde am 12.8. ein Waffenstillstand vereinbart. Ende August 2008 erkannte Russland die unabhängigen Republiken an. In diesem Konflikt unterstützte die Ukraine die NATO-Position und verurteilte Russland.

Wenngleich 2007 die EU-Außenminister der Ukraine die Aussicht auf einen schnellen EU-Beitritt verstellten, boten sie ein Assoziierungsabkommen an. Beim EU-Ukraine-Gipfel vom September 2008 wurde ein Assoziierungsabkommen mit der Ukraine diskutiert. Die besondere Rolle der Ukraine für die EU kommt in der Formulierung, vom «europäischen Land, das mit der EU eine Geschichte und gemeinsame Werte teilt», zum Ausdruck. Bis 2010 waren für die Ukraine Hilfen in Höhe von 500 Mio. Euro konzipiert. Eine gemeinsame Freihandelszone und Visaerleichterungen für ukrainische Bürgerinnen und Bürger wurden angestrebt. Im Oktober 2009 begann die letzte Verhandlungsrunde zum Assoziierungsabkommen, die bis 2011 andauerte. Im Frühjahr 2010 unterzeichneten die Präsidenten Russlands und der Ukraine eine Vereinbarung, mit der die russische Militärbasis von Sewastopol bis 2042 gesichert und dafür der Gaspreis langfristig um 30% reduziert wurde. In der Ukraine gab es Versuche, den Ratifizierungsprozess zu stören.

2009 trat Georgien der Östlichen Partnerschaft, d. h. intensiverer Nachbarschaftspolitik mit der EU, bei. Im März 2012 wollte die EU das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine paraphieren, aber nur unterzeichnen, wenn die wegen Amtsmissbrauch inhaftierte ehemalige Ministerpräsidentin Timoschenko freikäme. Das Abkommen bedeutet insbesondere die Entflechtung der Wirtschaftsbeziehungen mit Russland, enorme Garantieleistungen für den Erdgastransit und die militärische wie «sicherheitspolitische» Zusammenarbeit mit der EU. Partnerschaftsbeziehungen zu Russland würden abgebaut und somit die Rolle Russlands geschwächt. Dessen Engagement für die Zusammenarbeit mit den Nachfolgestaaten der Sowjetrepubliken mündete am 1.7. 2011 in eine Zollunion mit Kasachstan und Weißrussland. Im Oktober 2011 unterzeichneten Armenien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldawien, Russland, Tadschikistan, die Ukraine und Weißrussland das Abkommen zur Bildung einer Freihandelszone. Mit Beginn des Jahres 2012 folgten wei-

tere Schritte zur Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes mit entsprechenden Institutionen.

2009 war auch Kroatien NATO-Mitglied geworden. Im November 2010 beschlossen die Vertreter der NATO-Mitgliedstaaten mit ihrem neuen Strategiepapier die Ausweitung ihres geplanten Raketenschildes «auf Europa». Dabei und darüber hinaus wurden Kooperationsangebote an Russland unterbreitet und das NATO-Papier mutet durchaus konfliktmildernd an. Andererseits orientiert das Papier aber auf neue Aufrüstung und auf den Ausbau von Abschreckungspotenzialen.

2011 intervenierte die NATO in Libyen. 2012 wurde die Türkei mit neuen Raketensystemen ausgestattet, um gegen syrische Raketen geschützt zu werden.

2011-2013 gab es sowohl in der Ukraine als auch in der EU ein ständiges Hin und Her in Sachen Assoziierungsabkommen. Während in der EU die Rechtsstaatlichkeit bzw. die rechtsstaatliche Entwicklung der Ukraine bezweifelt wurde, wurden in der Ukraine die von der EU geforderten Anpassungs- und Garantieleistungen für den Erdgastransport, die Auswirkungen auf die Wirtschaft bei einer Abkehr von der Zusammenarbeit mit Russland wie die militär- und sicherheitspolitischen Fragen streitig diskutiert.

«Das Jahr 2013 war geprägt von schweren innenpolitischen Skandalen, deren bedeutendster wohl ein Vorfall in Wradijiwka, einer Kleinstadt im Süden der Ukraine war. Dort hatten zwei Milizionäre und ein Taxifahrer in betrunkenem Zustand eine junge Frau brutal vergewaltigt und versucht, sie umzubringen, um die Tat zu verschleiern ... Der Willkür und Untätigkeit der Ordnungshüter müde, probten die Menschen den Aufstand und stürmten das Milizrevier in Wradijiwka. Das ganze Land verfolgte die Geschehnisse in der Kleinstadt. Innenminister Sachartschenko ... hatte zunächst nichts Besseres zu tun, als die Zivilgesellschaft einzuschüchtern.»⁶ Und verallgemeinert: «Es ist ein Aufstand gegen Ungerechtigkeit, Korruption, fehlende Rechtsstaatlichkeit und gegen die Verletzung der Menschenwürde.»⁷ Derartige Erfahrungen erklären dann auch Verweise darauf, dass später viele Losungen auf dem Kiewer Majdan und in der Ostukraine gleich bzw. sehr ähnlich waren: es ging um Gerechtigkeit, Demokratie, gegen die Oligarchen und gegen die sie schützenden Sicherheits- und Rechtssysteme. «Die Ursache für den Untergang des Kiewer Majdan (das Ende der demokratischen Protestdemonstrationen-Red.) war die Furcht seiner Köpfe, grundlegende sozialpolitische Forderungen zu stellen, und ihr Bestreben, zwischen derartigen Positionen einerseits und nationaldemokratischen, sogar profaschistischen Forderungen andererseits zu vermitteln. Die Ursache der Schwäche der Proteste von Donezk-Lugansk war dieselbe. Die Mehrheit hat ihre Forderungen mit nationalkulturellen, pro-imperialen und nostalgischer Rhetorik vermittelt und die Annäherung an Russland gefordert.»⁸

Putin hätte nichts so sehr wie eine links-demokratische Revolution in der Ukraine gefürchtet, denn sie hätte soziale Auswirkungen auf Russland gehabt und dort den herrschenden gesellschaftlichen Konsens in Frage gestellt.⁹

Eine große Zahl von Menschen in der Ukraine, insbesondere in den Mittelschichten, verbindet die EU mit der Achtung vor Recht und Gesetz. «Es fügt sich alles zu einem großen Ganzen: die Entscheidung für Europa, die Souveränität des Landes, die Rechte und die Würde jedes Einzelnen. Es sind verschiedene Seiten ein- und derselben Sache. Wenn wir uns für Europa einsetzen, geht es dabei auch um unsere Souveränität. Um die Menschenrechte und um die Freiheit.»¹⁰

Diese Aussagen illustrieren folgendes: Nicht das Hin und Her um das Assoziierungsabkommen war der Auslöser der Proteste gegen die Regierung Janukowitsch, welche dann nach deren Ablehnung, das Abkommen zu unterzeichnen, drastisch anschwellen, sondern die Unzufriedenheit mit den Lebensbedingungen insgesamt. Diese Unzufriedenheit betraf die sozialen, kulturellen und politischen Rechte, das Verständnis von «Gerechtigkeit» und «Würde».

Dass sehr unterschiedliche politische Kräfte zunehmend gewaltsam gegeneinander konkurrierten und konkurrieren, um die Unzufriedenen für ihre politischen Ziele zu gewinnen und/oder zu instrumentalisieren, darf nicht überraschen.

Dennoch darf und muss gefragt werden: Warum und wie das alles geschehen konnte. Während verschiedene «Orthodoxe» in Gorbatschows «Verrat» die Hauptursache für die Eskalation von Gewalt sehen, machen andere «Orthodoxe» vor allem Putin und «die Russen» dafür verantwortlich und wieder andere «Or-

⁶ Olexandr Irwanez, Chaotisch Notizen einer Revolution, in: Claudia Dathe/Andreas Rostek, a.a.O., 59-60

⁷ Maria Matios, Ich würde gern, ebenda, 121

⁸ Игорь Панюта, Турне по Юго-Востоку Украины. События и люди глазами очевидца//firstsocial.info/analiz/66368

⁹ ebenda

¹⁰ Juri Andruchowitsch, Auf der Eisbahn, in: Claudia Dathe/Andreas Rostek, a.a.O., 53

thodoxe» schlechthin «den Kapitalismus». Wahr ist, dass mit den Demokratisierungsprozessen in der Perestroika jene, die ihre Position in der Gesellschaft zulasten Anderer stärken wollten, zunehmend auf nationalistische Argumentationen zurückgriffen und bestehende eigene Machtpositionen zum Einsatz bracheinsetzten. Dass sie sich derart nationalistischer Töne und Stimmungen bedienen konnten, beweist nur, dass die diesen zugrunde liegenden Einstellungen in der Sowjetunion nie überwunden, sondern durchaus toleriert und vielfach auch instrumentalisiert worden waren. Die emanzipativ-solidarischen Kräfte erwiesen sich als deutlich zu schwach, um die Gesellschaft zu erneuern. Die Sowjetunion zerfiel bzw. sie wurde zerlegt. Im Konkurrenzkampf um ihr Erbe, das beim Übergang zu einer Gesellschaft mit kapitalistischer Produktionsweise persönliche Bereicherung und Vorrechte gegenüber Anderen ermöglichte, setzten sich insbesondere jene durch, welche die bestehenden sozialen und politische Netzwerke zu erhalten, sowie neu zu organisieren vermochten. Soweit diese Netzwerke auf konzentriertem Realkapital basieren und damit auch auf privat anzueignenden gesellschaftlichen Reichtum, bzw. auf politischen, staatlichen und weiteren Gewaltpotenzialen, haben sich können Kapitaloligarchien aufbauen lassen werden. Diese entwickeln ihre Strategien ausgehend von Zweckmäßigkeitserwägungen, die selbstverständlich von ihrer konkreten Stellung in der globalisierten Welt abhängen. Was die Genesis und Gestalt derartiger Kapitaloligarchien anbelangt, sind die russischen und ukrainischen Oligarchien durchaus ein besonderer Fall. Aber sie sind keineswegs ein Merkmal einzig und allein der russischen oder der ukrainischen Gesellschaft, sondern sie sind eben auch in der US-amerikanischen, der deutschen, der französischen, der britischen Gesellschaft zu finden ... Allen gemeinsam ist jedenfalls das Prinzip, alles das zu tun, was der Verteidigung und dem Ausbau eigener Machtpositionen dient.

Als sich in der Ukraine auf Grund von demokratischen Protesten und den Bestrebungen jener, die aus verschiedenem Eigeninteresse heraus Machtkonstellationen neu ordnen wollten, diese Kapitaloligarchien neu orientieren mussten, entstanden neue Unwägbarkeiten und die Gewaltbereitschaft wuchs. Als die Regierung Janukowitsch wegen ihrer Hinnahme von tödlicher Gewalt gegen auf dem Majdan Demonstrierende letztendlich die Handlungsfähigkeit verlor, ihre Vereinbarungen ihre Gültigkeit einbüßten und nicht zuletzt der Autonomiestatus der Krim in Gefahr geriet, wurde von Russland aus die Sezession der Halbinsel von der Ukraine organisiert. Dieser Akt mag – isoliert betrachtet - mehr oder weniger nachvollziehbar gewesen sein. Dass er in Russland, in der Ukraine, in der Europäischen Union, in Europa, in den USA und in der NATO nicht folgenlos bleiben würde, war abzusehen. Die Abtrennung der Ukraine musste von weiten Teilen der ukrainischen Gesellschaft als Bedrohung erfahren werden. Sie war darüber hinaus die geradezu gezielte Provokation gegenüber ukrainischen Nationalisten und ihren Anhängern, sowie zugleich die Ermunterung russischer Nationalisten und ihrer Anhänger. Die russische Demonstration des «So nicht!» gegenüber der EU, den USA und der NATO wurde mit Eskalation beantwortet. Ein folgenreiches russisches «Ping-Pong» folgte darauf. Die friedliebenden demokratischen Bürgerinnen und Bürger, Organisationen und Institutionen konnten und können in Russland nur schwer Akteure ausmachen, die zu Sympathie und Solidarität aktivieren.

Indem in ukrainischen Regionen gegen die herrschende Politik demokratisch Protestierende vor allem russischer Nationalität mit brutaler Gewalt konfrontiert, von Regierenden zu «Terroristen» und sogar «Unmenschen» erklärt wurden, wurde faktisch zu Mord aufgerufen. Dass dann in den betroffenen Regionen wirklich russische Nationalisten eine Schlüsselstellung erlangten, liegt wesentlich an deren Skrupellosigkeit und an ihren brutalen Einschüchterungsmaßnahmen. Diese dann wiederum als Berechtigungsgrundlage zu nutzen, um Menschen zu vertreiben, um Flüchtlingen Hilfen zu verwehren, bzw. zum Beschuss von Zivilpersonen oder auch zum Einsatz international geächteter Waffen zu nutzen, ist aber selbst wiederum mörderisch. Mörderisch ist es auch, der Zivilbevölkerung den Erhalt von lebenswichtigen Lieferungen vorzuenthalten.

Todbringend war auch der Abschuss von MH 17, womöglich begünstigt durch einen von ukrainischen Behörden offen gehaltenen Luftraum. Todbringend ist der wie auch immer deklarierte und begründete Einsatz von Militär aus Russland in der Ukraine.

Der Gewalt staatlicher Miliz- und Elitekräfte auf dem Majdan, das Agieren von in- und ausländischen Geheimdiensten und Waffenträgern, die Offensive faschistischer Kräfte und deren ihre Verflechtungen untereinander hatten ein gewalttägliches Vakuum geschaffen. Die von nationalistischen und politischen Extremisten verübten Massaker, die von der Regierung in Kiew im Dunkeln gelassen wurden, der durch eben diese Regierung forcierte Bürgerkrieg, die Fusion von Regierung, Miliz bzw. Polizei, sowie der Armee mit Extremisten, waren und sind für die USA, die EU und die NATO kein Hinderungsgrund für eine Intensivierung der Zusammenarbeit, für die Unterzeichnung von Abkommen, für gemeinsames Agieren gegen Russland.

Dessen Reaktionen sind von eigenen Staatsinteressen im traditionellen Sinne diktiert und zielen nicht etwa darauf, demokratische, emanzipative und solidarische Friedenskräfte zu stärken. Es handelt sich um eine Auseinandersetzung konkurrierender Mächte im Stile klassischer nationalstaatlicher Außenpolitik. Eine Verschärfung oder auch Konservierung des Konfliktes wird demgemäß geradezu zwangsläufig eine Verschärfung der repressiven Komponenten der Politik in der EU wie auch in Russland nach sich ziehen.

Es gilt sinngemäß, was Rosa Luxemburg 1916 sagte: «der Krieg als solcher» ist «bei jedem militärischen Ausgang ... die denkbar größte Niederlage».

«Heute muss die Priorität Nummer eins die Wiederherstellung des Dialogs werden, der Fähigkeit zusammenzuarbeiten, des Vermögens einander zu zuhören und zu verstehen». Diese Worte Gorbatschows können belächelt und als naiv abgetan werden, aber was wäre in der internationalen Arena eine vernünftige Alternative?

Ein Dialog kommt nur zustande, wenn Demokratinnen und Demokraten den politischen Druck auf jene drastisch erhöhen, die in Europa und global herrschen, und ihre Herrschaft auch anderen diktieren wollen.